

Bezugspreis:
Bierteljahr 60.— M., monatl. 20.— M.
bei ins Haus voraus zahlbar. Fort-
setzung: monatlich 20.— M., einjähr. 200.—
M., halbjährlich 100.— M. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-
gebiet, sowie Belgien, Dänemark u.
Luxemburg 54.— M., für das übrige
Kontinent 72.— M. Vorkostenstellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Holland, Lettland, Luxemburg, Ost-
preußen, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wohlfahrt“, der Unter-
haltungsbeilage „Sonntags“ und der
Beilage „Schulung und Kleinarbeiter“
erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Freitags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

NO Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 31. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeiger-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:

Die einpaletige Monarchisten-
kollektion 12.— M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 2.— M. (ein-
seitig zwei festgedruckte Worte) jedes
weitere Wort 1.— M. (Einseitige
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 2.— M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50% ab. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Anzeigerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schließt
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Großer Arbeiterwahlsieg in England.

London, 31. März. (CP.) Bei der gestrigen Er-
stwahl in East Leicesters wurde der Kandidat der Ar-
beiterpartei, Banton, mit 14 062 Stimmen gegen
8710 Stimmen für den koalitionsliberalen Marlow
und 3825 Stimmen für den unabhängigen Liberalen
Allen gewählt. Die Koalition erlitt somit eine neue
Niederlage.

Die volle Bedeutung dieses neuen Erfolges der englischen
Arbeiterpartei geht erst aus einem Vergleich zwischen dem
gestrigen Wahlergebnis und den Stimmenzahlen bei den all-
gemeinen Wahlen im Dezember 1918, den sogenannten
Scheidewahlen, hervor. Damals siegte in Leicesters-Ost der
Koalitionsliberale Hewart mit 18 024 Stimmen,
während sein einziger Gegenkandidat, der Arbeiter-
partei Banton es nur auf 6697 Stimmen brachte! Es
hat demnach in diesen drei Jahren eine vollständige
politische Umschichtung der Wählerschaft statt-
gefunden.

Liberalen gegen Lloyd George.

London, 31. März. (WB.) Die Partei der un-
abhängigen Liberalen wird am Montag folgenden Gegen-
entwurf gegen das Vertrauensvotum für die Regierung einbringen.
Die Kammer bedauert die Einschränkung der Ver-
handlungsgegenstände in Genua; sie billigt zwar die
Abhaltung der Konferenz, weigert sich aber, der Regierung bezüg-
lich der Konferenz ihr Vertrauen auszusprechen.

Nachträgliche Polemik über Spa.

London, 31. März. (WB.) Unterhaus. In Erwiderung auf
eine Anfrage erklärte Chamberlain, die Berichte über die vor-
zwei Tagen abgehaltene Geheim Sitzung des französi-
schen Senats enthielten eine Entstellung der Tatsachen. In
Betracht der Wichtigkeit der Ereignisse folgendermaßen abge-
spiegt: Im Jahre 1920 habe der Oberste Rat der Kohlen- und Eisen-
industrie Spa berufen, wie erkläre, der Hauptgrund für die unzureichende
Kohlenlieferungen sei die schlechte Ernährung der
deutschen Bergleute. Die alliierten Sachverständigen hätten
die Berechtigung dieser Erklärung einstimmig anerkannt. Der
Oberste Rat habe darauf auf Lloyd Georges Antrag beschlossen, daß
die Alliierten Deutschland für den Anlauf von Lebensmitteln
für die Bergleute eine Summe vorstrecken sollten, die dem
Unterschied zwischen den tatsächlich für die deutschen Kohlenlieferungen
erzielten Zahlungen und dem in England üblichen Ausfuhrpreis
der Kohlen entsprechen sollte. Dieses Abkommen habe sich auf einen
Zeitraum von sechs Monaten erstreckt und seine Ergebnisse seien ge-
wesen, daß die Forderungen der Reparationskommission beinahe
vollständig erfüllt wurden, und daß die Kohlenkrise in Frank-
reich eine Erleichterung erfährt. Das britische Schaham habe ent-
gegen den veröffentlichten Behauptungen keinerlei Vorteile
erzielt, im Gegenteil habe Großbritannien sich bereit erklärt, Deutsch-
land Vorläufe zu gewähren, ohne daß irgendwelche Kohle nach Eng-
land geliefert wurde.

Am Mittwoch hatte in einer geheimen Sitzung des französischen
Senats der frühere Finanzminister des Kabinetts Millerand, François
Raisin, gegenüber Angriffen der Budgetkommission wegen des
angeblichen zu weitgehenden Entgegenkommens der französischen
Delegation in Spa eine Darstellung der damaligen Ereignisse ge-
geben, aus der hervorgeht, daß die Entlassung Millerands zwar
Lloyd George zum Nachgeben veranlaßt hätte, daß aber
England sich schließlich bei der Regelung der Kohlenfrage finanzielle
Vorteile gesichert hätte.

Nachspiel zur Wahl Martys und Badinas.

Zweidrittelmehrheit gegen Amnestie.

Paris, 31. März. (Aniel.) In der gestrigen Kammer Sitzung inter-
pellierte der Kommunist Cachin den Ministerpräsidenten über den
noch von dem Kabinett Briand eingebrachten Amnestieent-
wurf. Er trat für die Behandlung dieses Entwurfes in der
nächsten Kammer Sitzung ein und forderte von dem Ministerpräsi-
dentem gemäß dem Willen des Volkes die Freilassung von
Raty und Badina, die am letzten Sonntag wiederum zu
Stadtverordneten gewählt worden waren, aus dem Gefängnis.
Poincaré erwiderte, daß die Regierung das Amnestieprojekt
beide aufrechtzuerhalten und unterstützen, doch könne sie der Entschlei-
dung der Kammer nicht vorgreifen. Zu der Forderung
auf Freilassung von Raty und Badina erklärte Poincaré, daß
hierfür eine, obendrein ungescheiterte Wahl, zum Stadtverord-
neten nicht genügen könne. Die Regierung werde die Entscheidung
der Kammer über die Amnestievorlage abwarten und dann auch
hierüber eine Entscheidung fällen. Cachin stellte den Antrag, die
Amnestievorlage noch vor den Osterferien zu beraten. Der
Antrag wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Die
Amnestievorlage dürfte nunmehr schwerlich vor den Sommerferien
zur Verhandlung kommen.

Genua.

Die Reichsregierung hat sich in einer gestern nachmittags
im Reichstag abgehaltenen Kabinettsitzung mit der Frage der
Zusammensetzung der deutschen Delegation für
Genua beschäftigt. Es steht jetzt fest, daß folgende drei
Minister als Hauptdelegierte nach Genua fahren werden: der
Außenminister Dr. Rathenau als Delegationsführer, der
Reichswirtschaftsminister Genosse Robert Schmidt und
der Reichsfinanzminister Dr. Hermes. Sie werden begleitet
von Staatssekretär v. Simson, Ministerialdirektor
v. Malchahn und Geheimrat Ritter für das Auswärtige
Amt, Staatssekretär Dr. Hirsch für das Reichswirtschafts-
ministerium und Staatssekretär Dr. Schröder für das
Reichsfinanzministerium.

Dazu kommen noch eine Anzahl von wirtschaft-
lichen Sachverständigen, deren endgültige Liste noch
nicht feststeht. Es gilt jedoch als sicher, daß als Vertreter der
Gewerkschaften Genosse Rudolf Wissell für den
ADGB, der frühere preussische Ministerpräsident Steger-
wald für die Christlichen und der demokratische Reichstags-
abgeordnete Erkelenz für die Hirsch-Dunderschen Gewerk-
schaften nach Genua fahren werden. Am heutigen Vormittag
ist das Kabinett unter dem Vorsitz des Reichspräsi-
denten erneut zusammengesessen, um die endgültige
Delegationsliste zusammenzusetzen, die, einschließlich des
Hilfspersonals, etwa 80 Personen umfassen dürfte.

Laut „D. L. Z.“ sind im Auswärtigen Amt besondere
Maßnahmen zum Schutze der Deutschland demnächst durch-
reisenden fremden Delegationen besprochen worden.

Eschschherin, der in Riga mit der sowjetrussischen Dele-
gation eingetroffen ist, äußerte dem Sonderberichterstatter des
„Manchester Guardian“ gegenüber seine Beunruhigung über
die Haltung der italienischen Regierung. Wenn die russische Dele-
gation nicht in Genua, sondern 30 Meilen davon entfernt in
Nappallo untergebracht werde, so müsse sie jeden Tag in Auto-
mobilen auf der einzigen Verbindungsstraße zwischen Nappallo und
Genua, die besonders für Nordanschläge geeignet sei,
nach Genua fahren.

Angesichts der Drohungen, die bereits durch Sawinow und die
russischen Monarchisten ausgestoßen worden seien, würde es viel-
leicht für die Sowjetdelegation unmöglich sein, nach Genua zu
gehen, wenn sie täglich auf der Straße Nappallo—Genua Spie-
geln laufen müßte.

Witwinow erklärte in einer Unterredung mit demselben Be-
richterstatter, gewisse Berichte über die Beratungen der Sach-
verständigen in London, die in der französischen Presse veröffentlicht
wurden, seien nicht ermutigend für den Erfolg der Konferenz.
Es werde anscheinend immer noch versucht, die Angelegenheit Rus-
lands zu regeln, ohne die Herren des Hauses zu befragen. Witwinow
erklärte außerdem, ein Friedensvertrag mit Rußland sei nicht nötig,
da kein formeller Kriegszustand gedehrt habe. Not-
wendig sei nur die Wiederherstellung normaler Beziehungen.

Interalliierte Vorkonferenz?

Einer U.-Redung aus Paris zufolge berichtet der „Polit
Parisien“, daß vor der Eröffnung der Konferenz von Genua zwischen
den Alliierten eine Vorkonferenz stattfinden werde, in der über
verschiedene Punkte, die bis jetzt noch nicht ausgelöst seien, verhandelt
werde. Lloyd George habe mit dem italienischen Außenminister am
letzten Montag sich hierüber ausgesprochen.

„Polit Parisien“ nennt zwei Fragen, die man noch vor Be-
ginn der Konferenz regeln müsse: einmal die Verpflichtung der
Konferenzteilnehmer, sich jeden Drucks gegenüber ihren Nachbarn zu
enthalten, da noch nicht bestimmt sei, welche Form man dieser
Verpflichtung politischen Charakters geben soll. Es sei gefährlich
für die Alliierten, sich zu der Konferenz zu begeben, ohne sich über
diesen Punkt geeinigt zu haben. Die zweite Frage betreffe die
Tagesordnung: Mit welchem Gegenstand soll die Konferenz
ihre Arbeiten beginnen.

Americas Befahrungskostenforderung. Der Pariser Ausgabe der
„Chicago Tribune“ zufolge haben die belgische und die französische
Regierung den amerikanischen Anspruch auf Kostenerstattung für das
Befahrungsgeschäft in einer Note an Amerika grundsätzlich ge-
billigt.

Dollarsturz auf 305.

Die Haufe am Devisenmarkt hat einen schweren Stoß er-
halten. Der Dollar wurde heute mittags mit 305 angeboten.
Die Käufe der Industrie und des Handels haben stark nach-
gelassen, so daß die Spekulation, die sich noch in den letzten
Tagen à la Haufe engagiert hatte, heute zu Abgaben schreiten
mußte. Der Rückschlag am Devisenmarkt sowie die im all-
gemeinen unklare wirtschaftliche und politische Lage rief auch
am Effektenmarkt eine starke Zurückhaltung hervor. Die
Kurse waren größtenteils niedriger.

Bayerische „Risikopolitik“.

Zur Charakteristik Dr. Heims.

Wer die jetzige Taktik des monarchistischen Separatismus
in Bayern verstehen will, der muß die ganze „Heim“-Tunde
der bayerischen Politik des Jahres 1919/20 kennen lernen.
Der Beleuchtung dieser Politik dienen die folgenden Zeilen.

Im September 1919 hat der bayerische Volksparteiler
Dr. Schlichtbauer die monarchistisch-separa-
tistische Propaganda des Grafen Bothmer, des früheren
Leiters der Bayerischen Königspartei, mit größter Ent-
schiedenheit abgelehnt. Diese Haltung der Bayerischen
Volkspartei hinderte Herrn Dr. Heim durchaus nicht, in
enge Verbindungen mit den Separatisten Bothmer und
Dorfen zu treten.

Zu Beginn des Jahres 1920 waren Berichte über das
Lechtelwachtel Heims mit militaristisch-
gesinnten einflussreichen Franzosen in die
deutschen parlamentarischen Kreise gedrungen, und um Mitte
Januar 1920 hielt im Deutschen Reichstag Dr. Birrh,
damals Führer der bayerischen Zentrumspartei, Herrn Dr. Heim
vor, daß er auf dem Münchener Zentrumsparteitag für
Bayern das Recht auf eine Volksabstimmung über die
Reichsverfassung beansprucht und mit den Franzosen
gegen den Willen der Reichsregierung ver-
handelt habe. Am 3. Februar 1920 umschmeichelte
Dr. Heim in der Münchener Generalversammlung des christ-
lichen Bauernvereins die Franzosen in charakteristischer Weise
und bot ihnen „unsere Hilfe“ im Kampfe gegen das
hohschewistische Rußland an. Er machte Frankreich förmlich
gegen die deutsche Republik scharf, die übertriebene zentra-
listische Politik des Reiches, so betonte er, reize Frank-
reich auf, das in einer Vereinigung aller Mächte in Berlin
eine Gefahr für die Zukunft erblicke. Der Zentralismus sei
um so gefährlicher, weil er sozialistischer sei. Im Februar
1920 trug der Kapp-Putschist Hauptmann Berthold dem
Dr. Heim in Regensburg die Uebernahme der Regierung
an. Heim hielt nach den Aufzeichnungen des Berthold eine
Verständigung mit Frankreich für möglich. Zwei Tage vor-
her war schon ein Vertrauter Heims, der Regierungsrat
Berthold in Würzburg in einer Unterredung mit
Berthold für eine Verständigung mit Frankreich
und für eine Loslösung Süddeutschlands von
Norddeutschland eingetreten. Antenanbrand befür-
wortete die Bildung eines norddeutschen und eines süddeu-
tschen Blocks, zwischen denen eventuell sogar eine Zollgrenze
bestehen könnte.

Am 14. März 1920 erzeugte der Berliner Kapp-
Putsch in München eine förmliche Revolte der Reichswehr,
der Zeitfreiwilligen und der höheren Bureaucratie gegen die
Regierung Hoffmann. Der General v. Wähl erklärte, nicht
mehr die Sicherheit der Regierung verbürgen zu können. Die
Sozialisten in der Regierung traten zurück und Dr. Heim
beförderte seinen Günstling Kahr auf den Minister-
präsidenten-Sessel und diktierte ihm förmlich sein Pro-
gramm. Kahr trieb infolgedessen seine berüchtigte „Risik-
Politik“. Bayern schuf sich weiter als Stütze seiner weißblauen
Politik eine kraftvolle Einwohnerwehr und Herr v. Kahr
drohte mit der förmlichen Trennung vom Reich, mit dem
„Risik“, wenn „Berlin“ auf die Auflösung der bayerischen
Einwohnerwehr bestehen sollte. Zugleich verwandten sich
Heim und Bothmer bei einflussreichen Militär- und
Zivilpersonen Frankreichs für die Erhaltung der Ein-
wohnerwehr. Graf Bothmer rückte zum förmlichen Ad-
jutanten Dr. Heims auf. Im April wurden sehr viele ver-
bindende Fäden zwischen dem militaristischen Frankreich und
dem „Risik“-Bayern Kahr-Heims gesponnen.

Der „Königsbote“ Bothmers war besonders über die
„Risik“-Rede des Herrn v. Kahr beglückt. Er meldete
triumphierend, Dr. Heim habe auch die Meinung, daß es
unter Umständen notwendig werden würde, daß der Süden
sich auf eine Zeit von einem bolschewistischen Norden
abspalten müsse.

Dr. Heim hegte am 18. Mai 1920 in geradezu unver-
antwortlicher Weise in der Buchloe Generalversammlung des
christlichen Bauernvereins gegen die Berliner Regierung.
„Und wenn in Berlin“, so pollerte er, „erst der Kaufall
lösgeht, werden wir in Bayern uns trennen und
sorgen, daß das Haus bei uns sauber bleibt, und so lange
werden wir unsere Rechnung stellen wie Koske im
April 1919, und unsere bayerische Selbständig-
keit zurückerobern.“

In den schwärzesten Farben malte Heim nun die bol-
schewistische Gefahr in Deutschland. Norddeutsch-
land wurde von ihm als völlig dem Bolschewismus verfallen
dargestellt. Auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei
der kurz nach dem Wahlsieg dieser Partei 1920 zusammentrat,
weitererte Heim leidenschaftlich gegen den Ballonmützen-
Zentralismus, den Deutschland zurzeit befehe, und
der sich als eine Gefahr nach innen und außen erweise.

Hier sprach Heim nach Paris hinüber. Französische Generale rechneten im Sommer 1920 auf bayerische Hilfe bei dem als nahe bevorstehend betrachteten Kriege mit Sowjet-Rußland. Um diese Zeit äußerte ein französischer Generalmajor auf der Fahrt von Mainz nach Wiesbaden: „Bei der fortwährenden Auseinandersetzung zwischen uns und dem Bolschewismus mag Deutschland neutral sein wollen, Bayern nicht, es ist ganz westlich orientiert.“

Anfang Juni 1920 hatte Dr. Heim eine wichtige Besprechung mit einer von oberster französischer Seite bevollmächtigten Person. Es waren Unterhandlungen, nicht bloße Unterhaltungen, denn Heim galt als Vertreter der auswärtigen Politik Bayerns, und sein zeitweiliger Adjutant Bothmer beehrte sich, den Franzosen die Meinung beizubringen, daß Heim in der Tat der eigentlich regierende Mann in Bayern sei. Immer härter Bothmer dem Dr. Heim ein, man müsse sich unter Vermeidung des gewöhnlichen Instanzenwegs mit den führenden Männern Frankreichs direkt verständigen; denn am Quai d'Orsay sei man ebenso verknüpft wie in der Wilhelmstraße.

In den Unterhandlungen Heims mit Frankreich dürften der „preußisch-deutsche Zentralismus“, die Notwendigkeit einer föderalistischen Gliederung Deutschlands und die „bolschewistische Gefahr“ eine besonders bedeutsame Rolle gespielt haben. Dieser reichszerstörende „Föderalismus“, der die Wiedererweckung des alten Bundesstaates, das Recht der Einzelstaaten, ihre Staatsform selbst zu bestimmen, eigene auswärtige Politik zu treiben und über eigene Militärkontingente zu verfügen, anstrebte, wurde in das Bamberger Programm der Bayerischen Volkspartei aufgenommen (18. September 1920). Bergeblüh waren die Anstrengungen des Abg. Vinus Funke in Bamberg, die Beratung dieses Programms zu verschleppen, nachdem der Abg. Dr. Heim, wie der bayerische Volksparteiler Karl Schirmer in seiner Schrift: „Süd und Nord“ schreibt, „geheimnisvolle Andeutungen über „allenfallsige „außenpolitische Wirkungen“ gemacht hatte, wenn „die Sache von der Hand gewiesen würde“. Und Schirmer legt hinzu — und damit beleuchtet er die ganze hinterhältige bayerisch-französische Politik Heims: „Abg. Dr. Heim hat in der Rolle des Außenministers da und dort mit Franzosen verhandelt, und ist wohl des Glaubens geworden, daß ein Eingehen auf deren Wünsche auf ein föderalistisch gegliedertes Deutschland, den feindlichen Druck erleichtern werde.“

Nach diesen Verhandlungen Heims mußten die Franzosen den bayerischen „Außenminister“ Heim als ihren Doppelverbündeten gegen das zentralistische rote Preußen und das noch rottere Rußland ansehen. In der Tat erwarteten Frankreichs Militärs zunächst eine tatkräftige Unterstützung von dem Bayern Heim-Nahrs gegen Sowjetrußland. Am 4. August 1920 berichtete die gut informierte „München-Augsburger Abendzeitung“ über französische Durchmarschpläne durch Bayern. In einem Bericht hieß es: „Der Generalissimus rechnet mit Bayerns wohlwollender Haltung im Falle des fertig geplanten Durchzugs durch Deutschland nach Polen.“

In diesen Tagen drohender Zerstückelung Deutschlands schrieb Herr Massingham in der englischen Zeitschrift „Nation“ von dem auf „die Trennung zwischen Bayern und Preußen“ gerichteten Ziele Frankreichs. Die pazifistischen Propagandisten E. D. Morel und A. Bonzonb verfaßten einen Appell an die englische Arbeiterschaft, in dem sie vor den Tausenden von französischen Agenten“ warnten, die „überall im Rheingebiet und in Bayern separatistische Bewegungen schürten“.

Heute ist Dr. Heim offen mit seiner separatistisch-monarchistischen Politik hervorgetreten — mit einer Politik, die durchaus nicht von sehr einflußreichen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei gebilligt wird. Einen Erfolg kann diese Politik erst dann haben, wenn sich die ehemaligen französischen Bundesgenossen Heims, diese begeisterten Lobredner des „Föderalismus“ — für Deutschland, der wertvollen Ratsschlüsse des „Bauern doktors“ bedienen. Jedenfalls müssen wir in den Tagen des „Poincarismus“ beide Augen offen halten.

Altweiberpsyche.

In der Rechtspreffe kochen alle Gefühle der Enttäuschung, Verärgerung und Wut über den Verlauf der geistigen Reichstagsabstimmung. Wenn der „Tag“ leidend über den Reichstag herfällt und über „parlamentarische Altweiberpsyche“ zeteret, so gibt das hysterische Gebläß der Rechtspreffe zehnmal mehr Anlaß, von einer journalistischen Altweiberpsyche zu reden. Interessant ist übrigens das Verhalten der angeblich „fünzigprozentigen“ Presse, die nach ihren eigenen Angaben den Standpunkt „der beiden Rechtsparteien“ vertritt. In dem Augenblick, wo die Deutsche Volkspartei nicht mehr den deutschnationalen Gefolgschaft leistet, entpuppt sich diese Presse als hundertprozentig — deutschnational!

Zwei Tendenzen lassen sich in der Rechtspreffe unterscheiden. Die eine Richtung hofft immer noch auf den Ausgleich mit der Deutschen Volkspartei und sucht diese zu entschuldigen, indem sie sich daran klammert, daß die Annahme des Antrags Marx kein Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth gewesen sei. Zu dieser Richtung gehört die „Kreuzzeitung“, bei der der Haß gegen Wirth alle anderen Momente niederdrückt. Sie bringt folgendes geniale Rechenkunststück zuwege:

Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie möchten den Antrag gern zu einem Vertrauensvotum stempeln. Es bleiben dann für Wirth noch 188 von 572 abgegebenen Stimmen.

Die „Tägliche Rundschau“ windet sich in gräßlichen Verlegenheitskrämpfen, spricht von „bedauerlicher Verwirrung in den nationalen Reihen“ und behauptet, daß der Gegensatz zwischen deutschnationalen und Deutscher Volkspartei „lange nicht so schwer“ war, als er gestern erschien. Der Antrag Marx sei keineswegs ein Vertrauensvotum gewesen:

Deshalb muß der Versuch einer solchen Auffassung schon jetzt mit größter Deutlichkeit zurückgewiesen werden.

Weit stärker ist jedoch in der Rechtspreffe die Richtung vertreten, die jetzt den Moment für gekommen erachtet, um die nationalpolitische Agitationsmeute gegen die Deutsche Volkspartei loszulassen. Den Reigen führt die „Deutsche Tageszeitung“, die von einem „politischen Gaukelspiel“, von „List und Tücke“ redet, um dann schmerzzerfüllt zu konstataren:

Aber der wesentliche Punkt des gestrigen Ergebnisses ist doch der Umstand, daß es die Stimmen einer nationalen Partei waren, die der Reichstagskanzler für sich gewonnen hat. Damit ist von nationaler Seite die Billigung einer Politik ausgesprochen worden, die bisher von Mißerfolg zu Mißerfolg geschritten ist. Die Beweise hat, daß sie zum Schaden des deutschen Volkes vor jeder Vergewaltigung des Feindes sich beugt, die auch in ihrer letzten Erklärung gegenüber der Entente bereits den Keim zu neuem Unheil gelegt hat, die endlich nach innen stets nur allzu gern in das Fahrwasser der radikalen Linken einsteigt. Die Folgen der gestrigen Haltung der volksparteilichen Fraktion werden sich aber auch für die eigenen Reihen bemerkbar machen.

Noch schärfer schreibt die „Deutsche Zeitung“ über die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei:

Ein Meisterstück der Unklarheit und Unentschiedenheit, die von je her ein Kennzeichen der Stresemannschen Politik war, in diesem Augenblick aber zum Verhängnis des deutschen Volkes werden muß.

Aber getreu seiner Stellung als „Kommunist“ der Deutschnationalen hat das Blatt Maurenbrechers auch für diese scharfen Tadel, weil sie durch ihr Angebot, für den ersten Satz der Resolution zu stimmen, „drauf und dran“ waren, ihre eigene Opposition zu erwürgen“.

Der „Lokal-Anzeiger“ vergießt blutige Tränen über die Mißlänge auf der Rechten, sein Verlagsbruder, der „Tag“, leidet und schmählt über den Reichstag:

Wir sollen unsere alten Führer zur Größe versuchen, unsere Kinder umherziehen, unsere Männlichkeit abschwören. Wir sollen — mit einem Wort — verkommen. Das ist bei der Auslese des Volkes, bei den 464 Reichstagen, eher zu erreichen, als draußen bei den ganzen 60 Millionen.

Sein Echo findet dieses Getreisch bei der „Roten Fahne“, die, um mit Paul Levi zu reden, der Bettgenossen-Schaft mit den Deutschnationalen immer noch nicht überdrüssig ist, sondern das Kabinett Wirth „mit der Schlinge derer um Stinnes am Hals“ gerettet sein läßt. Was der Rechtspreffe Berrat und Umfall der Volkspartei ist, ist der „Roten Fahne“ Beweis, daß „das schwerindustrielle Scharmachertum Trumpf ist“. Denn verschieden spiegelt sich die Welt in Menschentöpfen.

Postgebühren und Beamtengehälter.

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde am Freitag der Postetat weiter beraten. Reichspostminister Stiesberts trat zunächst den kürzlich den Gerüchten entgegen, wonach die Postbeamten um ihre Bezüge zu fürchten hätten, weil die Entente die weitere Auszahlung der Gehälter verhindern wird. Die Postverwaltung kann von dem Mehrbedarf infolge der Befoldungs- und Lohnerhöhungen 500 Millionen Mark durch Mehrertrag aus den laufenden Gebühren und 500 Millionen Mark aus Ersparnissen aufbringen. Es bleibt dann aber immer noch ein mehrfaches Milliardendefizit.

Zur Ausgleichung dieses Defizits müßte der Brief von 2 auf 3 M. gesteuert werden, und es wären dementsprechend auch die übrigen Briefpostgebühren zu erhöhen. Der Ortsbriefverkehr bedarf der Schonung, ebenso der Paketverkehr in der Rhazone. In der Fernzone dagegen muß deshalb eine Steigerung eintreten, weil die Eisenbahn mit ihren Tarifen sehr stark in die Höhe geht. Eine Steigerung für Telegrammgebühren pro Wort von 1 auf 1,50 M. ist unbedingt notwendig. Ebenso ist eine Steigerung der Fernspreckgebühren in dem Umfang geplant, daß zu dem jetzigen Gebührenaufschlag auf die geschlossenen Fernspreckgebühren von 80 Proz. ein nochmaliger Aufschlag von 60 Proz. genommen wird. Aus allen diesen Steigerungen ergibt sich eine

jährliche Mehreinnahme von rund 4 Milliarden Mark.

Aus den gestrigen Beschlüssen des Hauptauschusses ergibt sich ein weiterer jährlicher Mehrbedarf von 1½ Milliarden Mark, der nur durch weitere Steigerung der geplanten Gebührenerhöhungen zu gewinnen ist. Als Ausgangspunkte dieser Steigerung muß ebenfalls die Fernbriefgebühr dienen, und zwar muß diese Gebühr statt auf 3 M. auf 4 M. bemessen werden. Beim Telegramm wäre eine Steigerung über den Betrag von 1500 M. für das Wort zurzeit nicht möglich. — In der Aussprache warnte u. a. Abg. Stäcker (Soz.) den Minister vor einer allzu scharfen Steigerung der Posttarife, weil dadurch

der Verkehr erdroffelt

werde. Der Minister muß noch mehr Gewicht auf Ersparnisse legen. Abg. Steinkopf (Soz.) beklagte sich darüber, daß ein Teil der höheren Postbeamten keine regelmäßige Dienstzeit einhalte. Abg. Bender (Soz.) fragte, ob das Reichspostministerium ein Interesse an wirtschaftlichen Zwecken sei oder eine dem Gemeinwohl dienende Betriebsanstalt. Im letzteren Fall würden dann die Angestellten der in den Ziffern 1 und 2 des § 66 des Betriebsvertrages enthaltenen Poststellen und Rechte verlustig geben. Das Reichsarbeitsministerium und Reichsjustizministerium hat sich in dem Sinne geäußert, daß es sich bei der Post um einen Betrieb zu wirtschaftlichen Zwecken handelt. Das Kabinett hat die entgegengelegte Ansicht vertreten.

Reaktion im Finanzministerium.

Vor ungefähr einem halben Jahre brachten wir mehrere Notizen über standhafte Vorgänge in der dem Finanzministerium unterstellten Postüberwachungsstelle, wo die Hohenzollern- und Fürstenbriefe vollkommen kontrolliert waren. Der Angestellte Lindig, der dieses Treiben aufdeckte, wurde von der Geheimratsclique und dem deutschnationalen Betriebsrat suspendiert. Sechs Monate zahlte man, um Aufsehen zu vermeiden, das Gehalt, in der Hoffnung, er würde von selbst gehen. Allen Aufforderungen, ein Verfahren einzuleiten, kam man nicht nach. Erst als L. zum Betriebsrat gewählt werden sollte, kündigte man schnell, um ein gefährliches Subjekt, das für die Republik einzutreten wagte, loszumerden. In dem nun eingeleiteten Schlichtungsverfahren kam nach siebenmaliger Verhandlung jetzt unter einem Unparteiischen ein Urteil zustande, das die Kündigung für ungültig erklärte und die Wiedereinstellung bestimmt. Sämtliche Behauptungen, die die monarchistischen Geheimräte und der deutschnationale Betriebsrat gegen L. aufgestellt hatten, wurden als unbegründet erklärt. — Wird L. nun wieder eingestellt werden?

Meine Funkenstation.

Von Paulchen.

Nach übereinstimmenden Aussagen meiner Bekannten bin ich ein leidlich netter Kerl, und ich selbst muß dieser Feststellung beistimmen. Aber kein Mensch ist vollkommen. So habe ich außer dem bekannnten Fehler, die Linse nicht halten zu können, noch einen zweiten: Ich leide an einer gaurifantastischen Neugierde. Ich bin das, was man an der Wassertante einen „Pottenkleber“ nennt. Alles muß ich wissen. An der Zimmerwand, die an die Wohnung unserer Nachbarn grenzt, habe ich schon die ganze Tapete durchgehört. Sobald auf der Straße etwas los ist, renne ich hin, und wenn es auch bloß eine Hundehochzeit ist.

Auf die Dauer aber genügt mir diese Wald- und Wiesenneugier nicht mehr. Als vor einem Vierteljahr meine Tante Maise gestorben war, erbte ich ihren Strumpf und da war allerhand drin. Ich beschloß, meine Neugier auf technisch vollendeter Basis zu befriedigen, indem ich mir einen Mann suchte, der nicht nur ein technisches Genie war, sondern auch eine treue Seele, mit der man Pferde spielen gehen konnte.

Daher der Name Frihe Weber.

Er baute mir eine Funkenstation ins Klostet. Dazu besahe er drei Tage. Zuerst stellte er die Elemente auf, dann einen vierzylinderigen Kurbelwanzmotor, ferner einen B.W.R. 13:29:19, einen Verstärker mit Rutenlammerung, drei Feileische Röhren, zwei Fußschweifantennen mit autogener Robelspannung und einen Funkenprüfer Marke Breitensträcker. Von den Stresemannschen Pendelschwingern, den Hochspannungswürsten und dem mit 2000 Umdrehungen in der Minute arbeitenden elektrostatistischen Kapfluchen ganz zu schweigen.

Abends um sieben Uhr war die Station in Butter und wir machten den ersten Versuch. Der Kapfluchen begann zu rotieren und der Kurbelwanzmotor grunzte wie ein Schwein. Halb acht Uhr hatten wir Nauen in der Leitung.

Bwawwaw — ffff — bwawwaw — tttt — fff — fff . . . Frihe Weber las ab: „Hund frißt Hund . . .“ Ich sah am Code nach. Das hieß: „Die Verhandlungen zwischen Schonpasse und Schimed sind im vollen Gange . . .“

Gleich darauf kam der Eifersturm in Paris. Er berichtete, daß die Verhandlungen zwischen Schimed und Schonpasse noch nicht begonnen hätten, aber . . . Nunmehr meldete sich Rew Port und brachte den Vollbericht der Verhandlungen zwischen Schonpasse und Schimed. Zum Schluß kam Moskau: „An alle in Halle! Alles ist alle. Vorlicht — Halle!“

Wir wurden unruhig, leider zu spät. Das Berliner Polizeipräsidium hatte Dunis gerochen und die Cipo fürmte, in

Niederreihen ausgeschwärmt, das Klostet. Frihe Weber wurde verhaftet, trotzdem er sich durch seinen Jagdschein einwandfrei auswies. Ich entzog mich dem gleichen Schicksal dadurch, daß ich ins Klostet sprang und die Spülung zog.

Hiermit protestiere ich öffentlich gegen diesen Rechtsbruch und erwarte, daß man mich aus meiner auf die Dauer unerträglichen Situation befreit, widrigenfalls ich mich genötigt sehen würde, das Forum des Bitterbundes anzurufen!

Bodes Museumsprogramm. Im nächsten Heft der Seemannschen „Kunstchronik“ entwickelt Wilhelm v. Bode sein Programm für die äußere und innere Gestaltung der Berliner Museen. Er tritt vor allem dafür ein, daß der Dabliemer Bau nicht für Magazinzwecke, sondern für die asiatischen Kunstsammlungen verwendet werde. Die Mehrkosten, die dadurch verursacht würden, seien durch Verkauf von Dubletten bequem zu decken und anderen Museen würden aus dieser Maßnahme wesentliche Vorteile erwachsen. Das Bitterbundesmuseum brauchte seine Schau- und Studiensammlungen nicht meilenweit auseinander zu legen und das Kaiser-Friedrich-Museum würde von der jetzigen Ueberlastung befreit werden. Bode macht dann detaillierte Vorschläge für die Neueinrichtung des Kaiser-Friedrich-Museums. Die italienischen Gipsabgüsse und Originalplastiken sollen in den Räumen des Untergeschosses plaziert werden, die gegenwärtig von den islamitischen Kunstwerken besetzt sind, und das Obergeschloß sei der Gemäldegalerie einzuräumen. Den Schluß der Bodeschen Ausführungen bilden scharfe Angriffe gegen die Neubauleitung der Kaiser-Friedrich-Museen — Angriffe, deren Berechtigung wir im einzelnen nicht kontrollieren können und auf die wir näher eingehen wollen, wenn die beteiligten Behörden und Personen sich dazu geäußert haben.

Gibt es Schlaflosigkeit? Die Klage über Schlaflosigkeit ist sehr häufig zu hören, aber der Arzt wird sie stets mit großem Zweifel aufnehmen. Das betont der Freiburger Psychiater Hoche in einem Aufsatz der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“. „Schlaflosigkeit im Wortsinne ist, abgesehen von schweren Psychosen, etwas äußerst Seltenes“, sagt Hoche, „und die Kranken pflegen auch, wenn man die völlige Abwesenheit von Schlaf anzweifelt, bald einzulenen und Einschränkungen zu machen. Bei den Angaben, auf denen die schlaflosen Patienten schließlich stehen bleiben, darf der Arzt getrost noch eine Korrektur anbringen. Um von Schlaflosigkeit sprechen zu können, muß man schon die ganze Nacht hindurch eine Uhr, die auch die Viertelstunden schlägt, bemerken können und auf die man näher eingehen wollen, wenn die beteiligten Behörden und Personen sich dazu geäußert haben.“

Das Schlafbedürfnis ist viel größeren persönlichen Schwankungen unterworfen, als man allgemein annimmt. Es gibt eine Lebenskurve, nach der es langsam sinkt: „Der Fötus schläft 24 Stunden, das Neugeborene nur um so viel weniger, als die Zeit der Nahrungsaufnahme erfordert, und mit zunehmender psychischer Anspannbarkeit sinkt die tägliche Schlafzeit, um sich bei

Erwachsenen auf etwa 8—9 Stunden einzustellen. Greise kommen mit weniger aus, unter Umständen mit 4—5 Stunden.“ Im ganzen haben Blutmarme und bleiche Menschen mehr Schlaf nötig als die rosigten und elastischen; so mancher leidet sich aber auch einen „Durusschlaf“ über das Notwendige, und viele schlafen durchschnittlich ihre 10 Stunden, wobei der Mittagschlaf gleichwertig mit dem Nachtschlaf zu rechnen ist. Dabei muß man aber bedenken, daß Schlaf und Schlaf nicht dasselbe ist. Die experimentelle Psychologie hat in bezug auf die Schlafstadien zwei verschiedene Typen festgestellt: den des gesunden Schlafers, der rasch einschläft, sehr bald eine höchste Schlafstiefe erreicht und nach 1—2 Stunden langsam in flacheren Schlaf gerät, bis ein Aufwachen in erstarrtem Zustande stattfindet. Der andere Typ ist der des nervösen Schlafers, der schwer einschläft, manchmal erst gegen Morgen, die Schlafstiefe erreicht und dann müde und unergütet in den Tag eintritt. Ob ein bestimmtes Schlafquantum, das nach der Länge und Tiefe des Schlafes berechnet wird, für den Organismus genügend ist, ergibt sich daraus, ob dabei die Fähigkeit zu normalen Tagesleistungen und subjektives Wohlbefinden vorhanden sind.“

Ueber die aufsehenerregende Erfindung der beiden dänischen Ingenieure Johnson und Rahbek sind verschiedene phantastische Nachrichten durch die Presse gegangen. Es hieß, daß eine magnetische Anziehung zwischen Metallplatten und Steinen entdeckt sei. Wir finden zum erstenmal in der „Umschau“ ausführlichere Annaben, die die Bedeutung der Entdeckung ins rechte Licht setzen und ihre praktische Auswertung erkennen lassen. Der glückliche Gedanke der beiden Dänen besteht darin, daß sie zwischen zwei Metallflächen eine dünne Waite aus Schiefer oder Kohat bringen, die die Elektrizität nur schlecht leitet. Infolgedessen ist es möglich, die beiden Metallplatten an hochgespannte elektrische Ströme anzuschließen, ohne daß ein Durchschlag erfolgt. Die Steinplatte bildet einen Halbleiter, der einen ganz geringen Elektrizitätsausgleich gestattet. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß die Metallplatten, wenn sie unter Strom gesetzt sind, von dem Schiefer stark angezogen werden. Wie Direktor Dr. Rottgardt von der „Huth-Gesellschaft“, die die Erfindung auswertet, mitteilt, hat dieseibe zum Bau ganz neuartiger Schnellmorschreiber und Lautsprecher Veranlassung gegeben; auch gewinnt sie große Bedeutung für das Niederschreiben drahtloser Telegramme. Besonders wichtig ist die Möglichkeit, Morsezeichen, die in einem Tempo von 2000 Buchstaben in der Minute von Königsberg in Berlin ankommen, aufzuschreiben und gleichzeitig auf die Frankfurter Leitung weiterzugeben. — Für die laute telephonische Uebertragung, z. B. von Reden oder Musikstücken für einen großen Jubelkreis erwartet man ebenfalls große Fortschritte aus der dänischen Entdeckung.

Zum Remde des Volkstheater wird zurzeit eine bisher noch nicht aufgeführte Komödie von Arnold Käbler „Schafer Klose“ einstudiert. Die Titrolle wird von Hans Fischer gespielt werden.

Ernst Friedrich spricht Sonntag, den 2. April, abends 7½ Uhr zum letztenmal in der Aula der Sophien-Schule, Weimelstraße 16/17, realienkundliche, antimilitarische Vorträge nach Treier Wabl des Publikums. Das Quartett der „Baterianischen Gelehrten“ singt „Volkstürber“. Karten in der Vorwärts-Buchhandlung, Lindenstraße 3 und an der Lindenblasse.

Um die Weichfeldörfer.

Preussischer Landtag, 124. Sitzung, Freitag, den 31. März, 12 Uhr.
Auf der Tagesordnung steht die deutschpolnische große Anfrage über die Festsetzung der Weichselgrenze durch die Interalliierte Grenzfestsetzungskommission.
Hr. Lavin (D. Sp.) begründet sie und protestiert gegen den Entwurf der Entente.

Ministerpräsident Braun:

Das Preussische Staatsministerium fühlt sich eins mit der durch die Entscheidung der Interalliierten Grenzfestsetzungskommission schwer betroffenen ostpreussischen Bevölkerung und in der entscheidenden Abkehrung dieses erneuten Vergewaltigungsversuches. Der Ministerpräsident weist im einzelnen nach, daß diese Entscheidung mit dem an sich unholbaren und undurchführbaren

Verfallter Friedensvertrag in Widerspruch

steht. Sie verweist auf die Gefahren, die die widerwärtige Grenzfestsetzung für die Sicherung der Marienwerder Reichs-Niederung bedeutet. Die Grenzfestsetzungskommission hat in ihrer Entscheidung vom 13. März angedeutet, daß das an Polen abzutretende Gebiet endgültig am 31. März 1921 vormittags 10 Uhr offiziell an Polen übergeben werden sollte. Auf den einmütigen Protest aller Bevölkerungsschichten Ostpreußens ohne Unterschied ihrer Parteistellung, dem sich auch das preussische Staatsministerium und die Reichsregierung angeschlossen haben, hat die Völkerkongress am 2. März beschlossen, die Ausführung des Grenzfestsetzungsbeschlusses

vordringlich auszuweichen

und zunächst die Kommission um Mitteilung der Gründe zu ersuchen die zu ihrem Beschluß geführt haben. Wenn dieser Beschluß auch keinen Anlaß zu übertriebenem Optimismus geben darf, so steht doch zu hoffen, daß die interalliierten Mächte eine so offensichtlich Verletzung der Bestimmungen des Verfallten Vertrages nicht werden gutheissen können. Zudem muß auch unseren ehemaligen Kriegsgenossen die Erkenntnis einmütig aufdämmern, daß es ein Widerspruch ist, dem deutschen Volk fortwährend schwere unerträgliche Kriegslasten aufzuerlegen und gleichzeitig Maßnahmen von der Art dieser Grenzfestsetzung seine wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit zu schwächen und zu untergraben. Jedenfalls wird die preussische Staatsregierung auch weiterhin nicht unversucht lassen, um eine den Interessen der ostpreussischen Bevölkerung gerecht werdende Lösung herbeizuführen und alle ihre zu Gebote stehenden Mittel einzusetzen, um der schwer bedrängten Bevölkerung in ihren wirtschaftlichen Nöten zu helfen und sie gegen jede Bedrohung zu schützen. (Lebh. Beifall.)

Für Georgien.

Der parlamentarische Klub der polnischen sozialistischen Partei hat die Regierung ersucht, sich auf der Genèver Konferenz zu bemühen, die Republik Georgien, der die Sowjets die Unabhängigkeit geraubt hätten, auf diplomatischem Wege zur Befreiung von dem bolschewistischen Joch zu verhelfen.

Aus Heidelberg geht uns ein Aufruf der Auslandsvertreter der sozialdemokratischen Jugend Georgiens zu, der die Arbeiterjugend der ganzen Welt zur moralischen Unterstützung der brutal unterdrückten und grausam verfolgten Kameraden in Georgien auffordert.

Zum Fall Bark werden wir um folgende Mitteilung ersucht: Ein Teil der Reichspresse hat bei dem Hrn. Fries, für den Bark unbedeutend die Unterdrückung in der Eintragungsgasse geleistet hat, vielleicht nicht ohne Absicht die Parteibezeichnung (R.D.) fortgelassen. Da wir im preussischen Landtag auch einen Abgeordneten Fries (Stenen) als geschätztes Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion zählen, so ist aus der Fortlassung der Parteibezeichnung hier und da eine Personenverwechslung entstanden. Wir stellen deshalb ausdrücklich fest, daß der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Fries (Stenen) mit dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Fries (Röll) außer der zufälligen Namensgleichheit nicht das geringste zu tun hat.

Der norwegische Landtag hat einen Gesetzentwurf über die Zwangsliedgerichtsbarkeit bei Arbeitskonflikten angenommen. Die Vertreter der Bauernpartei stimmten zusammen mit den Linkssozialisten und den Kommunisten dafür.

Was nun —?

Nach der Dedungsverweigerung.

In der Stadtratsordnungsversammlung ist es gestern dem Unabhängigen-Führer Dr. Wenl gelungen, seine „Arbeiterpolitik“ durchzusetzen. Dem Magistrat sind die Mittel, die er zur Durchführung des Schiedsspruches über die Arbeiterlöhne sowie zur Dedung anderer Ausgaben der Werke fordern mußte, verweigert worden. Nur ein Teil der vom Magistrat beantragten und vom Ausschuss gebilligten Tarif- und Gewerbesteuererhöhungen fand im Plenum eine Mehrheit und konnte zum Beschluß erhoben werden. Abgelehnt wurden die Erhöhungen der Straßenbahn- und Gas-tarife, die demnach bis auf weiteres unverändert bleiben. Gegen die Erhöhungen stimmten mit den Deutschnationalen und anderen Bürgerlichen die Kommunisten, denen sich die Unabhängigen anschlossen.

Der Magistrat hatte die auf Grund des Schiedsspruches entstehenden Mehrbeträge der Arbeiter und Angestellten in den Werkverwaltungen und in der Rammereierverwaltung für Februar und März 1922 auf 74 1/2 Millionen, für das neue Rechnungsjahr April 1922 bis März 1923 auf 451 1/2 Millionen berechnet, die weiteren Mehrausgaben durch Steigerung der Preise von Materialien, Strom und so weiter auf etwa 163 1/2 Millionen, das sind zusammen über 689 1/2 Millionen Mehrausgaben. Dazu kam der Fehlbetrag nach der vorigen Dedungsperiode mit reichlich 281 1/2 Millionen, so daß diesmal etwa 971 1/2 Millionen zu decken gewesen wären. Demgegenüber wurden die Mehreinnahmen aus den Erhöhungen geschätzt bei den Elektrizitätstarifen auf 58 Millionen, bei den Gasstarifen auf 70 1/2 Millionen, bei den Wasserstarifen 10 1/2 Millionen, bei den Straßenbahntarifen auf 276 Millionen, bei der Gewerbesteuer auf 150 Millionen, im ganzen auf 864 1/2 Millionen, so daß von den oben nachgewiesenen 689 1/2 Millionen Mehrausgaben immer noch 406 1/2 Millionen als Fehlbetrag ungedeckt geblieben wären. Nachdem die Tarif-erhöhung bei Gas und Straßenbahn abgelehnt worden ist, erhöht sich der Fehlbetrag auf 709 1/2 Millionen und 276 Millionen, zusammen 985 1/2 Millionen, so daß der Gesamtfehlbetrag auf 1281 1/2 Millionen steigt. Hierbei bemerkt: „nur“ so hoch beläuft er sich, wenn die Selbstwertung nicht fortgesetzt, die Materialpreise nicht weiter steigen und die Löhne nicht weiter erhöht werden müssen.

Was soll nun geschehen? Heute, wie Dr. Wenl und seine Gefolgschaft, machen sich darum keine Sorge. Das Verantwortungsgefühl, das ihm und seinesgleichen abgeht, hat den Unabhängigen im Magistrat nicht gefehlt. Drei haben sie nämlich für die Tarif-erhöhungen gestimmt. Als Geldern der unabhängigen Stadtrat Brähi die Erklärung verlesen wollte, daß Dr. Wenls Vorgehen nicht von Verantwortlichkeitsbewusstsein bestimmt wird, sondern lediglich dem Agitationsbedürfnis diktiert ist, mußte er sich von seinen Parteigenossen anspödeln lassen. Wir wiederholen: Was soll nun geschehen? Der Magistrat wird es nicht dahin kommen lassen wollen, daß er aus Mangel an Mitteln die Ausschaltung der Lohnerhöhungen verweigern muß. Es wird ihm nur übrig bleiben, schamlos in einer neuen Vorlage seine Anträge auf Bewilligung der ihm verweigerten Mittel zu wiederholen.

Ausbau der Preisprüfungsstelle.

Fragen der Reorganisation.

Es hat sich herausgestellt, daß die Preisprüfungsstelle mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften die Aufgaben der Preisprüfung nur im bescheidenen Umfange zu erfüllen in der Lage war. Zu diesen Aufgaben, die nur Personalleisten erfüllen können, die unabhängig und unbefristet dastehen, und die über große wirtschaftliche Kenntnisse verfügen müssen, stehen der Preisprüfungsstelle eine Anzahl Hilfskräfte zur Verfügung, die gegebenenfalls nicht nur die allerfeinsten Geschäfte, sondern auch Großbetriebe ausreichend zu prüfen in der Lage sein sollen. Bis jetzt haben die Preisprüfer nur kleine Geschäfte kontrolliert, und zwar daraufhin, ob in den Geschäften die polizeilichen Vorschriften (Preisaushänge usw.) vorhanden sind. Diese Tätigkeit wird auch von Beamten der Wucherpolizei ausgeführt. Die zuständigen städtischen Stellen haben sich nunmehr mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung gesetzt und gebeten, diese ganze Tätigkeit, die vorwiegend polizeilicher Art ist, allein in die Hand zu nehmen. Die Preisprüfungsstelle soll sich der Aufgabe widmen, die Preisgestaltung und die Preisermittlung zu kontrollieren. Dazu gehören auch Preisprüfer, die wirtschaftlich und kaufmännisch besonders vorgebildet sind, und ferner Sachverständige aus den verschiedensten Warengebieten, die vollkommen unabhängig dastehen. Es bleibt auch die Frage der Kosten für ein qualifiziertes Spezialpersonal bei einer solchen Reorganisation der Preisprüfungsstelle im obengedachten Sinne zu prüfen. Denn es kämen auch Sachverständige aus den verschiedensten Warengebieten in Frage, die lediglich im Interesse der Allgemeinheit zu wirken hätten.

Der Magistrat hat beschlossen, diese Fragen der Reorganisation der Preisprüfungsstelle einem Ausschuss zu überweisen, zu dem sämtliche beteiligten Deputierte entsenden sollen.

Der Preis der Kartoffeln aus städtischen Gütern.

Der Verband Deutscher Kartoffel-Interessenten E. V. Berlin teilt folgendes mit:

„Das vom Magistrat herausgegebene „Gemeindeblatt der Stadt Berlin“, Nr. 11 vom 12. März d. J., teilt mit: Für die städtischen Verwaltungen ist je ein Doppelzentner Kartoffeln für den Monat Februar 1922: 34,75 M. Diesen Preis zeigt die Deputation für Güter und Forsten an. Während der gleichen Zeit war der amtliche Richtpreis je Zentner auf 129—135 M. festgesetzt. Wenn nun der Magistrat diesen Richtpreis um durchschnittlich etwa 100 M. je Doppelzentner überschreitet, so muß man sich fragen, ob das nicht die schlimmste Preissteigerung bedeutet, um so mehr, als der Preis ja von den städtischen Gütern gemacht worden ist, die der übrigen Landwirtschaft auch sonst als Muster hingestellt werden. Die Landwirtschaft mußte sich mit Recht freuen, wenn solches am grünen Holze geschähe, dann ist der einzelne Landwirt, der die städtischen Geldquellen nicht hinter sich hat, berechtigt, einen noch höheren Preis zu verlangen.“ — Der Berliner Magistrat wird nicht umhin können, sich hierzu zu äußern.

Diebstähle auf Bestellung.

Fortgesetzte Diebstähle, die bei einer Aktiengesellschaft verübt wurden, sind jetzt aufgeklärt und die Täter verhaftet worden. Die Gesellschaft fabriziert ärztliche Instrumente. Zu ihrem Personal gehören auch 2 Lehrlinge namens Max Ransford und Will Müller. Diese fanden, wie die Kriminalpolizei jetzt feststellte, gemeinsam in Verbindung mit einem Reisenden Max Müller, der Instrumente dieser Art vertrieb und einen großen Kundenkreis besaß. Müller machte besonders gute Geschäfte, weil er stoll und früher lieferte als die Fabrikanten, bei denen man direkt bestellte. Dabei war er billiger als alle anderen. Das Geheimnis, wie er das fertig brachte, wurde jetzt aufgedeckt. Müller hatte die beiden Lehrlinge verleiht, der Aktien-Gesellschaft fortgesetzt Instrumente für ihn zu stellen. So hatte er die Ware bereits zur Hand, wenn die Kunden sie bei ihm bestellten. Die Summe, um die auf diese Weise die Aktiengesellschaft geschädigt wurde, gehen in die Hunderttausende. Alle drei wurden verhaftet.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Ein Schussstreik in Spandau im Kreise Teltow, der bereits am 22. d. M. ausgebrochen und bis zur Stunde noch nicht beigelegt ist, hat nicht nur in den Kreisen der Spandauer Elternschaft, sondern auch in denen der umliegenden Dörfer eine lebhafteste Erregung hervorgerufen. Der sich jahrelang anhaltenden Ansehens erfreuende Lehrer Weichert, zugleich Angehöriger der SPD, sollte nach kurzer Beurlaubung aus seiner Spandauer Tätigkeit hinweg nach Kloster Jinna bei Luckenwalde versetzt werden. Als Demonstration gegen diese den entscheidenden Wünschen des größten Teils der Elternschaft entgegenstehende Verlegung haben die Spandauer Eltern ihre Kinder — übrigens gegen den Wunsch des Lehrers Weichert — in den Streik treten lassen. Nach unserer Information ist die Regierung bemüht, einen Ausgleich zu finden.

Arbeiter-Anglerbund Berlin und Umgebung E. V. Sonntag, den 2. April, vorm. 9 Uhr, im „Reichshaus“, Berlin, Neue Königstr. 26 (vorher Son). Bundesgeneralversammlung. Ohne Fremden Zutritt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Anträge, Neuwahl des gesamten Vorstandes. Erscheint vorgeschrieben und pünktlich.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Zeitweilig etwas auffarend, jedoch überwiegend kühl und kühl mit mehreren flirrenden und schwachen, zwischen Ostwind und Südwest schwankenden Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

118. Abteilung, Lichtberg, Sonnabend, den 1. April, 7 1/2 Uhr. Funktionärziehung bei Giese, Wilmersdorf, 42. Vortrag des Genossen Dr. Gamm: Die Einwirkung Deutschlands zum typischsten Staat.

Die Schwestern Bladze gestorben.

Aus Bissadon kommt die Nachricht, daß dort die beiden berühmten zusammengezwungenen Zwillinge Rosa und Josepha Bladze im Alter von 43 Jahren gestorben sind. Der Tod der beiden Schwestern erfolgte in einem Abstand von 15 Minuten.

Die Nachricht dürfte auch heute noch in Berlin, das diese zusammengezwungenen Schwesternschaft oft genug bestaunt hat, Erstaunungen hervorrufen. Die Schwestern waren als Kinder normaler Eltern in Böhmen geboren, zusammengezwungen in der Hüftengegend und von gemeinsamen Lebenslüssen zehrend. Sie hatten die ganze Welt gesehen und waren von allen Völkern bestaunt worden. Vor etwa 12 Jahren erschienen sie in Berlin und alles mochte sich auf, um von diesem unglücklichen und bedauernden Naturwunder in Cassans Panoptikum einen Blick zu erfassen. Noch etwas geschah, um auch die Erinnerung an Berlin bei den Schwestern Bladze selbst bleibend zu gestalten. Die eine der Schwestern, Rosa, wurde hier Mutter und genas eines gesunden Knaben, der das Interesse der gesamten ärztlichen Welt in hohem Maße erregte. Das Kind soll sich in günstigster Weise entwickelt haben und heute noch leben. Wie gemeldet, erkrankte in Bissadon, wo sich die Schwestern zuletzt zur Schau stellten, Josepha an einem schweren Leiden. Die Ärzte, die für das Leben der Erkrankten fürchteten, wollten Rosa retten und schlugen eine Operation zur Trennung der Schwestern vor. Rosa verlor ihre Einwilligung und starb, wie die Meldung belag, in Treue an den zweiten Teil ihres Selbst, 15 Minuten nach ihrer Schwester.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnverhandlungen der Holzarbeiter.

In einer überfüllten Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte des Deutschen Holzarbeiterverbandes am Mittwochabend in der Brauerei „Königsstadt“ berichtete Böse über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Die Forderung der Arbeitervertreter ging dahin, auf alle bestehenden Löhne einheitlich einen Zuschlag von 35 Proz. zu gewähren. Die erste Verhandlung verlief im Sande und auch bei der zweiten Verhandlung weigerten sich die Arbeitgeber zu bewilligen. Nach weiteren langwierigen Verhandlungen ist von den Arbeitgebern folgendes Zugeständnis gemacht worden:

Ab 1. April sollen sich die tariflichen Löhne für Facharbeiter um 28 Proz., die Tariflöhne aller übrigen Kategorien einheitlich um 25 Proz. erhöhen. Hiernach würden sich die tariflichen Stundenlöhne für Facharbeiter über 22 Jahre auf 20,80 M. stellen (bisher 16,25 M.). Die Facharbeiter im Alter von 20 bis 22 Jahren würden 19,50 M., von 18 bis 20 Jahren 17,45 M. und die 16 bis 18 Jahre alten 14 M. erhalten. Hilfsarbeiter 15,30, 11,85 und 10 M., Facharbeiterinnen 13,45, 11,10, 9,95 und 8,45 M., Hilfsarbeiterinnen 11,05, 9,95, 8,50 und 7,10 M.

Für Arbeiter, die bereits einen Lohn von 16,30 bis 17 M. haben, soll die Stundenzulage 4,50 M. betragen. Für Akkordarbeiten und Montagearbeiten vor eine eingehende Regelung vorgehen.

In der anschließenden Aussprache waren die Rebner überwiegend für Ablehnung dieses Angebots. An der Forderung eines Stundenzuschlages von 35 Proz. müsse festgehalten werden. Bei der folgenden Abstimmung wurde das Angebot abgelehnt und gegen wenige Stimmen beschlossen, auf dem Stundenzuschlag von 35 Proz. zu bestehen.

Ferner wurde beschlossen, eine bessere Entlohnung der Lehrlinge zu fordern.

Schließlich wurde noch einer Resolution zugestimmt, welche von den Führern der SPD und dem ADGB eine klare unabweisende Antwort auf die Frage verlangt, wie sie sich zu dem Achtstundentag stellen. Begründet wurde die Resolution damit, daß im Reichswirtschaftsrat Kollis eine Stellung zum Achtstundentag eingenommen habe, die Befremden erregt, und daß auch vom ADGB eine klare Erklärung über seine Stellung zu der Frage nicht vorliege.

Sauerzap wandte sich gegen einen etwaigen Versuch, diese Angelegenheit demagogisch für Parteizwecke auszunutzen. Der „Vorwärts“ habe sich klar und unabweisend gegen jede Untastung des Achtstundentages erklärt. (Die von dem Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschlossene Erklärung für den Achtstundentag in Nr. 151 des „Vorwärts“ hat wohl jeden Zweifel behoben. D. Red.)

Löhne bei der Mitropa.

Die bei der Mitropäischen Schloßmangelfabrik beschäftigten Angestellten nahmen in zwei gut besuchten Versammlungen am Montag und Dienstag den Bericht über das Ergebnis ihrer Lohnverhandlungen entgegen. Es wurde berichtet, daß die Direktion der „Mitropa“ die Forderung einer wöchentlichen Zulage von 150 M. abgelehnt hat. In den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium boten die Unternehmervertreter 5, 8 und schließlich 10 Proz. Zulage. Dieses Angebot lehnte die Tarifkommission ab.

Anfange der eigenartigen Betriebsverhältnisse und der Kürze der Tarifzeit kam es in voriger Woche zu einer Einigung. Für März betragen die Wochenlöhne für: Oberkellner 560 M., Tischler 520 M., Wagenschreiber und Silberputzer 470 M., Köche 585 M., Küchenmädchen 370 M., Kraftfahrer 720 M., Kutscher 710 M., Fuhrer, Lagerarbeiter und Bäder 700 M., Arbeiterinnen 520 M. und Oberputzer 30 M. mehr. Zu diesen Löhnen kommen beim Bedienungspersonal Prozente vom Umsatz und für Oberkellner 1/2 Proz. Mangelfabrik. Reinemachefrauen erhalten 6,50 M. pro Stunde, Schloffer 1600 M. pro Monat. Nach einer ausgeübten Diskussion wurde dem Lohnabkommen zugestimmt. In einer Resolution wird von den Organisationsvertretern, umgehend mit neuen Forderungen bei der Direktion der „Mitropa“ vorzulegen zu werden, um den Angestellten ein besseres Auskommen zu sichern.

Forderung der Bergarbeiter des Saargebietes.

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter haben an die Regierungskommission des Saargebietes den Antrag auf Aufhebung der Kohlensteuer gestellt. Die Kohlensteuer stelle lediglich eine Produktionssteuer dar, deren Hauptträger die Bergarbeiter selbst seien. Vor allem erregt die Art der Verwendung der Kohlensteuer große Missstimmung unter den Bergarbeitern, weil nach der allgemein herrschenden Auffassung der Ertrag dieser Steuer mit zur Dedung des Defizits bei Post und Eisenbahn im Saargebiet verwendet wird. Dieses Defizit belief sich im letzten Berichtsjahr auf 16 255 000 Frank. Bei einem Kurzstund von 30 M. für 1 Frank also auf 487 650 000 Frank. Es wird behauptet, daß der letzte Lohnabbau durch einen Abbau der Kohlensteuer hätte vermieden werden können. Durch die Befreiung der Kohlensteuer wäre entweder die Saarkohle um 7 Frank oder um 210 M. pro Tonne billiger geworden, was der Industrie und den Bergbaukreisen zugute käme, oder aber die Entlohnung der Bergarbeiter könnte um diesen Betrag aufgebessert werden.

Technische Nothilfe im Müllkutschereifreik.

Wir erhielten folgende Zuschrift: „Zu der Meldung des „Vorwärts“ in der Abendausgabe des 28. März 1922 über den Müllkutschereifreik, in der gesagt war:

„Am Gegenstand zu den Erklärungen der Technischen Nothilfe gaben die Unternehmer an, daß sie inzwischen 180 Streifkutschereifreikler und -fahrer einstellt haben, die zusammen mit der Technischen Nothilfe die Müllabfuhr besorgen“.

erklärt die Hauptstelle der Technischen Nothilfe nochmals ausdrücklich, daß in sämtlichen oder von der Nothilfe bedienten Depots kein Zusammenarbeiten von Nothilfs- und anderen Arbeitskräften stattgefunden hat.“

Damit dürfte der Widerspruch zwischen den Angaben der Technischen Nothilfe und denen der Vertreter der Wirtschaftsgenossenschaft zugunsten der T. N. geführt sein.

Der Arbeitgeberverband in Mannheim richtete einen Aufruf an die Arbeiter, eine nochmalige Abstimmung über den Schiedsspruch zu fordern, da ein einziger Streiktag für die Metallarbeiter in Mannheim-Ludwigshafen einen Verlust von 3,5 Millionen Lohnausfall bedeute. Da auch die Unternehmer bei einem Streik nichts profitieren, sollten sie sich erst einmal überlegen, was sie zu einer Verständigung beitragen können. Ihre Millionenziffer dürfte der Arbeiterkraft kaum imponieren, und auf Reichslage der Unternehmer kann sie nichts bedeuten, solange es an dem nötigen Entgegenkommen fehlt.

Der Kohlenarbeiterstreik in Amerika hat in den Bergwerken von Ohio und Illinois bereits eingesetzt. Morgen soll der Streik in allen Bergwerken der Vereinigten Staaten beginnen.

Der italienische Hafenarbeiterstreik ist beendet, nachdem der Ministerpräsident mit den Gewerkschaftsvertretern verhandelt und ein Ministerrat Maßnahmen zugunsten der Hafenarbeiter beschlossen hat.

Genauig für den redboll. Teils: Franz Kuhn, Berlin-Lichtenberg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin; Verlag: Vorwärts-Berlin E. V., Berlin; Druck: Druckerei u. Buchbinderei Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 1.

Dringlich Mitteilung an ihre Hausfrauen!

Preiswerte Angebote:
 Mäntel in engl. Stoffart 325.- bis 1100.-
 Mäntel prima Exportart 695.- bis 1795.-
 Kleider in verschied. Stoffen 198.- bis 1695.-
 Kleiderstoffe moderne verarbeitet 145.- bis 795.-

Empfehlen Sie Ihren Hausfrauen in Kombination mit dem
 unübertrefflichen Preis, sich von unserer großen Aus-
 wahl und Preiswürdigkeit zu überzeugen. Wir haben
 unsere Spezialabteilung für Sammelbestellung bereits
 ausgebaut und sind durch großzügige eigene Aufsa-
 gung ganz besonders leistungsfähig.

Wollman's Wilfulm Uhr
 Berlin N. 39. **Schiffbaustr. 70-71**

MÖBEL
 kaufen Sie sehr vorteilhaft im
Spezial-Möbelhaus
G. CAMNITZER
 Schönhauser Allee 82
 Ecke Mährerstraße, am Ringbahn. Schön-
 hauser Allee und Hochbahn. Nordring
 Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

Die Anfertigung moderner Korsetts, Reform-
 Korsetts, Kinderleibchen, Büstenhalter usw.
 aus eingesandten Stoffen unter Hin-
 zunahme besten Materials, als auch
 Reinigung und Wiederher-
 stellung geratener Korsetts über-
 nimmt bei billiger Berechnung
Korsett-Fabrik Richard Necke
 1. Geschäft: Bin.-Karlsborst, Treskow-Allee 99
 2. Geschäft: Bin.-L. Hagen, Neue Bahnhofstr. 36
 3. Geschäft: Bin., Kommandantenstr. 23, E. Alle Jakobstr.

Stoffe
 für Herren und Damen
 feinste Qualitäten
Albert Walkhoff, Neue Königstr. 54
 am Alexanderplatz
 Vorzeiger erhält 5 Proz. Rabatt.

HOSEN
 Außergewöhnlich. Angebote
 Arbeitshosen 80.- 90.- 95.-
 Gestreift schön 110.- 125.- 152.-
 Ersatz für Maß 180.- 190.- 236.-
 Ein Paar Herren-Anzüge außergewöhnlich billig
 Breches, Jünglings- u. Bauchhosen in
 größter Auswahl in allen Längen u. Weiten
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
 N. Rügenstr. 25, blauer Laden
 a d. Brunnenstr. u. Bahnh. Gesundbrunnen
 Fahrgeldvergütung.

Gardinen Haus Neukölln

25. Bergstr. 26.

Spezialhaus für Innendekoration
Hervorragende Angebote!!
 Gardinen * Stores * Bettdecken
 Künstlergardinen in Tüll, Etamine u. Madras
 Bettvorleger * Läuferstoffe * Diwanddecken
 Steppdecken * Gobelins * Wachstuche

Sachgemäße Beratung in allen Angelegenheiten der Innendekoration
 ++ Kostenanschläge gratis ++

Fernsprecher: Neukölln 4295.



Spezial Geschäft
 für Innendekoration

DER NEUE ROMAN

Untergang

EIN LEBENSFRAGMENT
 von
A. M. de JONG
 Gedicht: Übersetzung von dem Verfasser
 GEORG GÄRTNER
 Dieses Buch erinnert in seiner
 packenden, aufwühlenden Reso-
 litik an die Kunst Zolas. Es
 zwingt zum Lesen in einem Zug
 und hinterläßt stärkste Eindrücke.
 Preis 20,- Mk. schön gebunden
Buchhandlung Vorwärts, Berlin
 Lindenstraße 2

Altes
 renom. **Restehaus**
 Reste in Damen-Mantelstoff, Tuchen
 Affenhaus, Covercoats, Home-
 span, Kostümstoffe, Kammgarne, Gabar-
 dine, sehr billig. - Kleider, Mantel- und
 Futter-Seiden in vielen Farben.
 Reste in Anzug- und Paletotstoffen
 für Herren und Knaben
Gelegenheitskäufe in modernen
 Mänteln, Kostümen und Röcken
Paul Karle
 O 34, Warschauer Straße 79

Billige Bezugsquelle
 für Trikotagen, Strumpf-
 und Wollwaren
Strumpfhäuser Werba, Berlin
 Kottdorfer Damm 12, Ecke Lohannisstraße

Warum
 stellt der Hund? - hat die Frau
 ein Rindmaul? - ist die Frau
 polter? - trägt der Mann?
 - hat der Mann? - ist die
 Frau ihre Felle? usw?
Diese Fragen
 und alle anderen über die Le-
 bensgewohnheiten und Eigen-
 schaften, sowie über die zweck-
 mäßige Haltung unserer
 Haustiere beantwortet der
Sanftier-Dreßm
 das neue, illustrierte Buch von
 Dr. Jell. "Unsere Haustiere",
 das die Tiere verstehen und lieben
 lehrt und dem Tierhalter
 Nutzen bringt.
 Preis 27,50 Mark
Buchhandlg. Vorwärts
 Berlin S.W. 68, Lindenstr. 2

Teilzahlung!
Garderobe
 für Damen, Herren
 und Mädchen
 sehr preiswert
 Infolge großer,
 alter Lagerbestände
 bei bequemen
 Ratenzahlungen
H. Tyra & Co.
 Berlin, Brunsenstr. 20

Gardinen!
Sonderangebote
 u. Gelegenheitskäufe
 in Resten
 Stores, Bettdecken
 Madras- und
 Künstlergardinen
 Spez.-Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
 am Ringbahnhof.

Trauringe
Dukaten-Gold (900 gest.)
 333-356 gest.
 Jede Größe am Lager. Garantie-
 schein für gesetzl. Goldgehalt.
 Nicht die Reklame, der Name
 bürgt für Qualität und Preiswürdigkeit.
Spezialhaus fügenloser
Trauringe
Erich Fuhrmann
 NW 87, Gotzkowskystraße 13
 Ankauf v. Gold, Silber, Platin, Druck

Korbmöbel
 Kaufen Sie am vorteilhaftesten
 bei der Herstellung
A. Sedau
 Werkstätten für feine
 Korbmöbel.
 Fernspr. Neukölln 299
 Ausstell- u. Verkauf nur
 Neuk.-Anzenerstraße 21

Noch billige

Oster - Angebote!

- Mäntel in Donegal, Tuch u. Cover- 450⁰⁰ bis 3500⁰⁰
 coat M.
- Kostüme in Donegal, Cheviot und 350⁰⁰ bis 3500⁰⁰
 Gabardine M.
- Kleider in Cheviot, Popeline und 350⁰⁰ bis 2350⁰⁰
 Gabardine M.
- Kleider in Frotté, glatt und gestreift 325⁰⁰ bis 1750⁰⁰
 Volls in glatt u. gemustert M.
- Blusen in Volls und Opalstoffen, vor- 59⁵⁰ bis 750⁰⁰
 nehme Isbot, Jumper- u.
 Hemdformen M.
- Jumpers Seidenrikot, in schönsten 375⁰⁰ bis 1500⁰⁰
 Formen und prachtvollen
 Farben, auch handgebleicht M.
- Sportjacken in reiner Wolle und 495⁰⁰ bis 1250⁰⁰
 schönsten Farben, M.

EXTRA-ANGEBOT!

Kleider in reinwollenem Cheviot mit Sückerel in 550⁰⁰
 verschiedenen Farben M.
 Preise äußerst billig! Reelle Bedienung!

Damen-Konfektion
Elegant
 Inh.
Hermann Perl
 Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 46

Bei mir
 ist jedes Stück mit Preisen versehen
Modellhüte, Hutformen
 und sämtliche Zutaten
 direkt in **Eckstein's Hutfabrik**
 Invalidenstr. 35, E. Chausseest., nur i.E.
Umpressen von Herren- und
 Damenhüten

Billige Bettwäsche, Leibwäsche
Ausstatter-Week!
 In dieser Woche besonders günstige Ein-
 wäsfigkeiten. Gute Qualitäten, richtige
 Längen und Breiten.
 Großer Bezug 225.- 245.- 275.-
 Kleiner 82,50 89,50
 Laken 125.- 135.- 155.-
 Wäschestoffe, Bettdecken billig. Extra-ang. bill. Leibwäsche
 Wäschefabrikation am Winterfeldplatz
 Goldstr. 26 **Schöneberg** 1 Min. v. Bf.
 seldplatz. Fahrgeldvergütung Schöneberg

Wo laß ich meinen Anzug machen?
 Wer garant. f. gut. St. u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidernstr.
 Neukölln, Ringbahnstr. 33 = Tel. 009
 Lieferung für höchste Staatsbeamten
 Viele Anerkennungen u. Dankschreiben

Gold-
Silber-
 Platin, Brillanten etc.
 allerhöchste Tagespreise!
C. Käferle, Juweller
 Frankfurter Allee 276
 Nähe Ringbahnhof
 Fahrgeld wird vergütet!

Willst du
 preiswert
Hosen
 kaufen,
 mußt zu
Hosen-Anders
 laufen.
A. Anders
 Bunsenstr. 25

Bettwäsche
 zu Höchstpreisen!
 Damenhemden, Hand-
 tücher, Tisch-, Schürzen!
 Waschnetzen!
Eckstein
 Invalidenstr. 35

Achtung! Noch sehr **preiswert** **Achtung!**
Oberhemden, Leinenwäsche, Sport-
wäsche, Einsetz- u. Normalhemden,
Strumpf- und Wollwaren, moderne Krawatten
Spez.: Dauerwäsche
J. Altberg Neukölln, Bergstr. 155
 Fil.: Berlin, Oranienstr. 199

Special für feine **Geschäft**
lederwaren

Uriedr. Pannet & Sattlermeister
 Neukölln, Bergstr. 35 (die Oberseite)

Großer Verkauf in Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten

Trotz enormer Preissteigerung verkaufe ich, solange der Vorrat reicht,
 noch zu außerordentlich billigen Preisen.

Herrenstoffe, Damen-Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Sammete, Wäschestoffe, Leinen- und Baumwollwaren

BERLIN SO 36 HANS PRANGE Wiener Str. 15
 Telephone: Moritzplatz 7443
 Am Görlitzer Bahnhof, Hochbahnstr. Oranienstraße,
 Straßenbahnlinien: 10, 11, 12, 13, 16, 18, 22, 32, 48, 91, 93, 96, 98